

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – ZEITUNG FÜR DIE SCHWEIZ

Mittwoch, 6. Mai 2015 · Nr. 103 · 236. Jg.

gegründet 1780

www.nzz.ch · Fr. 4.40 · € 4.40



Der Wiederaufbau in der Stadt Bhaktapur läuft, doch die Gefahr weiterer Erdbeben in Nepal ist nicht gebannt.

ZUMA / IMAGO

Das Erdbebenrisiko bleibt immens

Seismologische Studien sind pessimistisch für die Himalaja-Region

cah. · Schon seit Jahren warnen Fachleute vor Erdbeben im Himalaja-Gebiet, das als sehr gefährdet gilt. Seit Jahrhunderten hatten sich im mittleren Bereich des Himalaja-Bogens keine schweren Erdbeben mehr ereignet. Die jüngsten Beben haben jedoch nur einen Viertel der aufgebauten Spannung freigesetzt. Fachleute vermuten, dass die

Erdkruste im Gebiet um die nepalesische Hauptstadt Kathmandu kurz vor einem Bruch stehe.

Neben Nepal könnte in Zukunft auch Nordindien betroffen sein, das beim Beben vom April Glück hatte. Dort gehen Katastrophenszenarien von Opferzahlen aus, die massiv höher sind als beim Beben in Nepal.

Das schwere Beben hat auch die Saison der Everest-Besteigungen vorzeitig beendet. Diese dauert normalerweise bis Ende Mai. Die Schäden an der Aufstiegsroute können bis dahin aber nicht behoben werden. Danach setzt der Monsun ein.

Panorama, Seite 22
Forschung und Technik, Seite 55

Frankreich verstärkt Nachrichtendienste

Breite Unterstützung für die Regierung

Frankreichs Nationalversammlung will, dass mutmassliche Terroristen besser aufgespürt und beschattet werden können. Auch Spionagenetze und das organisierte Verbrechen sollen wirkungsvoller bekämpft werden.

Nikos Tzermias, Paris

Rund vier Monate nach den Anschlägen auf die Redaktion von «Charlie Hebdo» und auf einen koscheren Supermarkt in Paris hat die französische Nationalversammlung am Dienstag nachmittag in erster Lesung ein Gesetz zur Aufrüstung der Nachrichtendienste verabschiedet. Diese sollen mehr Kompetenzen und Mittel erhalten. Das allerdings nicht nur zur besseren Aufspürung und Beschattung mutmasslicher Terroristen, sondern laut Regierung auch zur wirkungsvolleren Bekämpfung internationaler Spionagenetze und des organisierten Verbrechens.

Die Gesetzesvorlage der Regierung hatte während der letzten Monate trotz der akuten terroristischen Gefahr für heftige Debatten gesorgt, wurde dann aber am Dienstag dank der breiten Unterstützung im bürgerlich-konservativen Oppositionslager mit einer überwältigenden Mehrheit von 438 gegen 86 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten vorab linksradikale und grüne Parlamentarier. Kritiker hatten der Regierung vorgeworfen, dass sie einen freiheitsfeindlichen orwellischen Überwa-

chungsstaat schaffen wolle. Die Kritik wirkte indes reichlich übertrieben.

Das neue Gesetz geht bei weitem nicht so weit wie die amerikanische Patriot Act. Es dient in erster Linie einer in anderen europäischen Ländern längst vollzogenen Anpassung der Gesetzgebung für die Nachrichtendienste an das digitale Zeitalter. Das frühere Gesetz stammte aus dem Jahre 1991, als noch die Telekommunikation per Draht dominierte. Gegner des Gesetzes haben suggeriert, dass eine massenweise Überwachung nach dem Gutdünken des jeweiligen Regierungschefs drohe. Tatsächlich sollen die Kontrollen für eine schon bisher mögliche, sogenannte administrative, das heisst nicht von Richtern gebilligte Überwachungsaktion erheblich verschärft werden.

Ein neues Kontrollorgan mit sechs Richtern, sechs Parlamentariern aus Regierungslager und Opposition sowie mit einem technischen Experten wird geschaffen. Es soll in der Regel vor jedem Lauschangriff konsultiert werden, und es kann, falls seinem Rat nicht gefolgt wird, Rekurs beim Staatsrat einlegen. Bisher hatte es nur nachträgliche Kontrollen gegeben. Zudem schützt das Gesetz Agenten, die illegale Praktiken melden.

Die Nachrichtendienste sollen neu das Internet systematisch durchforsten können, um Terroristen und andere Delinquenten aufzuspüren. Doch dürfen sie nur Metadaten und nicht die eigentlichen Inhalte der Kommunikationen überwachen. Selbst diese Metadaten sollen angeblich nicht aufbewahrt werden.

Shoah-Überlebende in Zürich erzählen

bai. · Vor 70 Jahren haben die Alliierten das Konzentrationslager Dachau befreit. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hörte der Terror der Nationalsozialisten auf, dem sechs Millionen Juden zum Opfer fielen. Nur wenige überlebten den Genozid. Vier heute im Raum Zürich wohnhafte Personen, die nach Auschwitz, Dachau und Bergen-Belsen deportiert worden waren, erzählen vom Leidensweg durch die Shoah.

Zürich und Region, Seite 14, 15

Lobby-Affäre um Markwalder

Kasachische Manöver im Bundeshaus

hä. · Das kasachische Lobbying in Bern ist umfangreicher als bisher bekannt. Neben Alt-Botschafter Thomas Borer hatte auch die PR-Agentur Burson-Marsteller ein Mandat eines undurchsichtigen kasachischen Politikers.

In dessen Auftrag verfasste die PR-Agentur mehrere parlamentarische Vorstösse, die von der designierten Nationalratspräsidentin Christa Markwalder (fdp., Bern) eingereicht wurden. Die

Vorstösse wurden teilweise in Kasachstan formuliert; das geht aus E-Mails hervor, die der NZZ vorliegen. Schliesslich stellte Burson-Marsteller den Kasachen für die Vorstösse über 7000 Franken in Rechnung. Markwalder sagt, sie sei über die Vorgänge «shockiert». Sie habe nicht gewusst, dass Burson-Marsteller jeden Schritt mit Kasachstan abgesprochen habe.

Schweiz, Seite 9

Unsicherheit lähmt Griechenland

Schuldenpoker provoziert Spannungen unter den Gebern

Ht. · Die Ungewissheit über den Fortgang des Reform- und Hilfspakets für Griechenland hinterlässt Spuren. Die EU-Kommission hat in ihrer am Dienstag vorgelegten Frühjahrsprognose die Wachstumsaussichten für das Land massiv zurückgenommen. Statt eines Zuwachses des Bruttoinlandsprodukts um 2,5 Prozent erwartet sie für 2015 nur noch 0,5 Prozent. Damit werden die Sanierung des Haushalts und der Schul-

denabbau noch schwieriger. Vor diesem Hintergrund gibt es Spannungen zwischen dem Internationalen Währungsfonds, der auf einem harten Kurs beharrt, und der EU-Kommission, die auf einen Abschluss der Verhandlungen über das Reformpaket drängt. Athen nutzt dies für Schuldzuweisungen an die Geber.

Meinung & Debatte, Seite 21
Wirtschaft, Seite 23

ANZEIGE

CLASSIQUE CHRONOMÉTRIE – WWW.BREGUET.COM

WETTER

Nach dem Regen kommt Sonne

Zunächst bewölkt und an den zentralen sowie östlichen Voralpen und Alpen noch etwas Niederschlag. Im Tagesverlauf Bewölkungsauflockerung und zeitweise sonnig. Temperaturen um 20 Grad. Alpensüdseite: Am Morgen letzte Regenschauer, dann Übergang zu ziemlich sonnigem Wetter.

Seite 51

BÖRSE

Dow Jones	17928,20	▼	-0,79%
SMI	9024,38	▼	-0,79%
Euro in Franken	1,037	▼	-0,37%
Erdöl (WTI in \$)	60,41	▲	2,55%

Seite 31

INTERNATIONAL

Le Pen hofft, dass seine Tochter scheidet

Seite 3

INTERNATIONAL

Heimkehr einer illegal Eingewanderten

Seite 7

ZÜRICH UND REGION

Boulevardcafé am Zürcher Helvetiaplatz

Seite 13

WIRTSCHAFT

UBS macht es besser als die Konkurrenz

Seite 27

SPORT

Guardiolas Rückkehr nach Barcelona

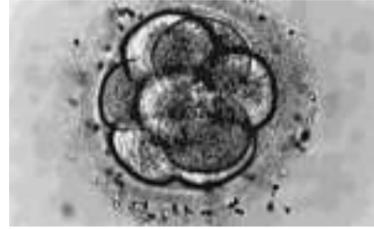
Seite 44

FEUILLETON

Renzo Pianos neues Museum in New York

Seite 45

Gentests am Embryo



Die Schweiz gehört in Europa zu den letzten Ländern, in denen die Präimplantationsdiagnostik (PID) noch verboten ist. Aus medizinischer Sicht sollte dies geändert werden. Denn in der Sache ist die PID nur die frühestmögliche Form der etablierten und breit akzeptierten Pränataldiagnostik.

Forschung und Technik, Seite 56



In der Notendruckerei war wohl ein Langfinger angestellt Seite 10

Ein neues Buch wirft ein Licht auf freisinnige Leiden Seite 11

Der Effekt der flankierenden Massnahmen ist umstritten Seite 11

Die Pläne für ein Musikhôtel in Braunwald kommen voran Seite 12

Der lange Arm der Lobbyisten

Wie ein ausländischer Politiker und eine Schweizer Lobbyistin eine FDP-Nationalrätin instrumentalisierten

Das kasachische Lobbying in der Schweiz ist umfangreicher als bisher bekannt. Nationalrätin Christa Markwalder reichte Vorstösse ein, deren Wortlaut teilweise in Kasachstan formuliert worden ist.

Markus Häfliger, Bern

Über 7000 Franken hat ein kasachischer Politiker für einen im Nationalrat eingereichten parlamentarischen Vorstoss bezahlt. Entworfen hat den Vorstoss die PR-Firma Burson-Marsteller, dann wurde der Text in Kasachstan inhaltlich stark überarbeitet und am 21. Juni 2013 von der Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder eingereicht.

Dass Vorstösse von Lobbyisten verfasst werden, ist Alltag. Weniger alltäglich ist, dass es sich um Auftraggeber aus autokratischen Staaten handelt. Und noch kaum je ist die Rechnung für einen solchen Vorstoss publik geworden. Der NZZ liegt die Abrechnung vor, in der Burson-Marsteller am 26. Juni 2013 un-



«Geschockt»: Christa Markwalder, derzeit Vizepräsidentin und designierte Präsidentin 2016 des Nationalrats. LUKAS LEHMANN / KEYSTONE



Marie-Louise Baumann
Senior Adviser

ter dem Titel «Interpellation Markwalder» ihre Dienstleistungen auflistet: «Entwurf des Texts; Treffen mit Parlamentarierin CM [für Christa Markwalder; die Red.]; Übersetzung und Lieferung an den Klienten; mehrere Überarbeitungen (gemäss Feedback des Klienten und der Parlamentarierin CM); endgültige Textfassung.» Total: 7188 Franken 48 Rappen.

Lobbyisten-Mails im Internet

Die Interpellation ist Teil eines grosseren PR-Aktionsplans, den die Schweizer Filiale der global tätigen Kommunikationsagentur Burson-Marsteller für die kasachische Partei Ak Schol ausführte. Details dieses Mandats kommen jetzt ans Licht durch E-Mails, die Unbekannte im Netz publiziert haben. Es handelt sich um die Datenbank, durch die bereits das Mandat von Thomas Borer publik geworden ist. Während Borer für die kasachische Regierung tätig war, heisst Burson-Marstellers Auftraggeber Asat Peruaschew. Er ist Parteichef von Ak Schol, einer Partei, die sich im Wes-

ten als Opposition darstellt, tatsächlich aber regimennah ist (siehe Zusatztext).

Die Geschichte begann vor zwei Jahren. Im Februar 2013 kam es zu einem Treffen zwischen Peruaschew und Marie-Louise Baumann, langjährige Leiterin Public Affairs und heutige Senior Adviser bei Burson-Marsteller Schweiz. Baumann hat früher für das FDP-Generalsekretariat und die Bundeskanzlei gearbeitet und ist in Bern gut vernetzt. Aus den Mails geht hervor, dass sich Peruaschew von ihr Zugang zu Politikern erhoffte. Obwohl er sich als Oppositioneller gibt, scheint es sein Hauptanliegen zu sein, bei Schweizer Meinungsführern das Image seines Landes zu verbessern.

Besonders wichtig ist dem angeblichen Oppositionellen zudem die Auslieferung des Exil-Kasachen Viktor Chrapunow, der von Genf aus die Zustände in Kasachstan anprangert und von dortigen Justiz gesucht wird.

Störende Menschenrechte

Neben anderen Aktivitäten organisierte Baumann für Peruaschew zwei Besuche im Bundeshaus, im März 2013 und im Juni 2014. Baumann trommelte jeweils eine Handvoll Politiker verschiedener Parteien zusammen, vor denen Peruaschew sich, seine Partei und sein Land präsentieren konnte. Beim ersten Tref-

fen war auch Markwalder dabei. Anschliessend habe ihr Baumann eine Interpellation vorgeschlagen, so Markwalder: «Weil Peruaschew sich glaubwürdig als liberale Opposition präsentiert hat, die sich für Wirtschaftsfreiheit, gegen Korruption und für Menschenrechte einsetze, schien mir das unterstützungswürdig.»

Und so entwarf Baumann eine Interpellation, in welcher der Bundesrat gefragt wird, inwiefern er den «Demokratisierungsprozess» in Kasachstan unterstütze. Im Entwurf kam auch der Begriff Menschenrechte dreimal vor. Darauf liess Baumann den Entwurf übersetzen und schickte ihn nach Kasachstan. Dort

stiess der Text auf wenig Freude. Ein Übersetzer Peruaschews forderte Baumann am 14. Juni 2013 dazu auf, die Menschenrechte zu streichen. Dieser Begriff könnte Peruaschews «politischem Status hier in Kasachstan Schaden zufügen», schrieb der Übersetzer. Falls der Begriff nicht gestrichen werde, müsse man den Vorstoss eventuell stoppen. In einer anderen Mail bat der Übersetzer darum, im Vorstoss dafür die Ak-Schol-Partei zu erwähnen.

«Das oberste Ziel»

Noch am 14. Juni beruhigte Baumann die Kasachen. Markwalder sei mit der Streichung einverstanden, «weil Menschenrechte eine Art emotionales Wort seien, sogar wenn wir es benutzen», schrieb Baumann. «Das stimmt so nicht – das legt sie mir in den Mund», sagt Markwalder dazu. In der Endfassung der Interpellation kommen die Menschenrechte nicht mehr vor, dafür wird Ak Schol positiv erwähnt. Zudem fragt die Interpellation den Bundesrat an, inwiefern der Fall Chrapunow die Beziehungen zu Kasachstan belastet. Chrapunows Erwähnung war sogar das «oberste Ziel» («the ultimate goal») der Kasachen, wie sie Baumann zuvor per Mail wissen liessen. Markwalder sagt, das habe Baumann vor ihr verheimlicht.

Zusätzlich verfasste Baumann drei Fragen zu Kasachstan, die Markwalder in der Aussenpolitischen Kommission einreichte. Auch deren Wortlaut wurde von den Kasachen überarbeitet, was Markwalder laut eigenen Angaben ebenfalls nicht wusste. Markwalder, designierte Nationalratspräsidentin für 2016, sagt, sie sei «geschockt, dass Baumann jeden Schritt mit Kasachstan absprach und dies mir gegenüber nicht transparent machte. Es kann doch nicht sein, dass jemand Geld dafür kassiert, wenn ich eine Interpellation einreichte, die darauf abzielt, das Verhältnis Schweiz - Kasachstan zu verbessern.»

Baumann sagt, im Rückblick hätte sie gegenüber Peruaschew «wohl missstrauischer» sein sollen. Es habe ihr glaubwürdig geschienen, dass er die Zustände in seinem Land behutsam verändern wolle. Von der Regierung hätte sie sich nicht engagieren lassen, sagt sie. Zu den Umständen der Interpellation sagt sie: «Ich glaube nicht, dass Christa Markwalder wusste, dass wir den Begriff Menschenrechte auf Wunsch der Kasachen entfernt haben.» Im Übrigen habe die kasachische Seite das Mandat am 29. April 2015 ohne Begründung beendet. Total habe Burson-Marsteller mit dem gut zwei Jahre dauernden Mandat rund 150 000 Franken umgesetzt.

Mitarbeit: Thomas Preusse

Die Pseudo-Oppositionspartei, die Schweizer Politiker umgarnt

hü. Bern · Ak Schol, die kasachische Partei, die sich gegenüber Schweizer Politikern als liberale Opposition gibt, ist sehr regimetreu. Mit einer einfachen Google-Recherche finden sich Berichte internationaler Think-Tanks und Medien, die Ak Schol als Pseudo-Opposition darstellen. Der Parteichef Peruaschew steht Timur Kulibajew nahe, dem Schwiegersohn des Staatschefs Nasarbajew. Mehrere E-Mails deuten darauf hin,

dass Peruaschew sogar die Lobby-Aktionen in Bern mit Kulibajew abgesprochen haben könnte. In einer E-Mail, die am 15. Juni 2013 von Peruaschews E-Mail-Konto verschickt wurde, wird darum gebeten, dass eine Person mit den Initialen T. A. grünes Licht für die Interpellation Markwalder gebe; T. A. sind die Initialen von Kulibajews Vornamen. Falls es sich bei T. A. tatsächlich um Kulibajew handelt (wofür es keine Beweise, aber Indi-

zien gibt), hätte die Familie des Diktators selber die Interpellation ferngesteuert. Auch wenn eine Interpellation ein eher schwaches Instrument ist, so ist die explizite Erwähnung von Ak Schol doch ein Puzzleteil, um im Westen die Fassade eines Multiparteiensystems aufzubauen. Aus den E-Mails geht hervor, dass Burson-Marsteller für Ak Schol über die Schweiz hinaus einen europaweiten «Public-Affairs-Effort» plante.

Waffen sollen nicht nachträglich registriert werden müssen

Der Nationalrat will den Informationsaustausch zwischen den Behörden und den Zugriff auf die Waffenregister verbessern

Nach einer emotional geführten Debatte hat der Nationalrat die Pflicht zur Nachregistrierung von Schusswaffen abgelehnt – gegen den Willen der Polizeidirektoren. Jetzt ist der Ständerat am Zug.

flj. Bern · Kaum ein Thema weckt unter der Bundeshauskuppel so viele Emotionen wie die Registrierungs-pflicht für Schusswaffen. Am Dienstag stand diese im Nationalrat erneut zur Debatte. Während die einen die «schleichende Entwaffnung des Volkes» (FDP-Nationalrat Walter Müller) an die Wand malten, äusserten die andern blankes Unverständnis, dass hierzulande «jede Kuh» registriert werden müsse, nicht aber eine tödliche Waffe (SP-Nationalrätin Chantal Galladé).

Heute müssen in der Schweiz sämtliche Schusswaffen, die nach dem 12. Dezember 2008 erworben wurden, in den kantonalen Registern eingetragen sein. Wie viele ältere Waffen es gibt, ist nicht bekannt. Der Bundesrat schätzt, dass es etwa zwei Millionen sind. Geht es nach seinem Willen, sollen diese innerhalb von zwei Jahren nachregistriert werden müssen.

Dagegen wehrten sich die SVP sowie die grosse Mehrheit von FDP und CVP. Die BDP war gespalten. Jakob Büchler (cyp., St. Gallen), der auch im Namen der Schützenverbände sprach, warnte vor einem «unendlichen administrativen Aufwand». Unbescholtene Bürger würden kriminalisiert. Gegen Kriminelle nützten die Bestimmungen nichts. Somit erhöhe sich auch die Sicherheit nicht. Toni Bortoluzzi (svp., Zürich) sprach von einem «unanständigen Miss-

trauen des Staates gegenüber dem Bürger». Walter Müller (fdp., St. Gallen) sagte, es sei «absolut naiv» zu glauben, dass mit der Pflicht zur Nachregistrierung die Sicherheit steige.

Die Befürworter aus den Reihen von SP, Grünen und Grünliberalen hielten dagegen. Die Polizei solle vor einem Einsatz prüfen können, ob die Zielperson im Besitz von Feuerwaffen sei. Die Bestimmung entspreche schliesslich auch einem Wunsch der kantonalen Polizeidirektoren und -kommandanten.

Chantal Galladé (sp., Zürich) betonte, es gehe nicht darum, jemanden zu kriminalisieren. Eine Grossmutter, die vergessen habe, dass im Estrich noch das Sturmgewehr des verstorbenen Mannes lagere, würde sich nicht strafbar machen. Geahndet würde nur vorsätzliches Zuwiderhandeln gegen die Bestimmungen. Doch die Mehrheit des

Nationalrates hatte dafür kein Gehör. Mit 106 zu 84 Stimmen beschloss er, die entsprechenden Bestimmungen aus der Gesetzesvorlage zu streichen.

Die anderen vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen im Waffenrecht waren unbestritten. Im Zentrum steht der bessere Informationsaustausch zwischen den Behörden. Staatsanwaltschaften und Gerichte sollen künftig die Armee über Personen informieren, bei denen der Verdacht besteht, dass sie sich selbst oder Dritte mit einer Feuerwaffe gefährden könnten. Weiter sollen die befugten Behörden künftig mit einer einzigen Abfrage sämtliche kantonale Waffenregister sowie die vom Bundesamt für Polizei geführte Datenbank konsultieren können. Heute sind die kantonalen Waffenregister elektronisch nicht miteinander verbunden. – Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Nationalrat will keine «Zivis» an Schulen

Änderung des Zivildienstgesetzes

(sda) · Zivildienstleistende sollen nicht an Schulen eingesetzt werden. Der Nationalrat hat am Dienstag den Vorschlag des Bundesrates abgelehnt, solche Einsätze zu ermöglichen. Der Entscheid gegen die Einsätze von «Zivis» in Schulen fiel mit 94 zu 82 Stimmen. Durchgesetzt haben sich SVP, FDP und CVP. Zu reden gab neben den Einsätzen an Schulen insbesondere die Frage, wann Interessierte ein Gesuch um Zulassung zum Zivildienst einreichen dürfen. Heute können Militärdienstpflichtige dies jederzeit tun. Das Gesuch darf auch schon vor der Rekrutierung eingereicht werden. Letzteres soll künftig nicht mehr möglich sein. Der Nationalrat folgte hier dem Bundesrat. In der Gesamtabstimmung hiess der Nationalrat die Vorlage mit 122 zu 45 Stimmen gut. Nun ist der Ständerat am Zug.